

Druck auf Kali-Konzern muss erhöht werden

Gemeinsames Pressegespräch zu neuer Einleitgenehmigung für Salzlauge in Werra

Die Thüringer Landesregierung sollte eine Klage prüfen gegen die neue Einleitgenehmigung der K+S Kali GmbH, die vom Regierungspräsidium Kassel erlassen wurde, so Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion, beim Pressegespräch zur Werra-Versalzung, das er am 5. Dezember gemeinsam mit seiner Amtskollegin Marianna Schott, Umweltpolitikerin der LINKE im Hessischen Landtag, und Walter Hölzel von der Werra-Weser-Anrainerkonferenz in Erfurt durchgeführt hatte.

Der Druck auf K+S müsse mit allen Kräften erhöht werden, hatte Marianna Schott mit Blick auf die Landtagsbeschlüsse in Hessen und Thüringen, die Werra wieder in ein naturnahes Gewässer umzuwandeln, gefordert und gesagt: „Der Konzern spielt auf Zeit und nutzt die Arbeitsplätze als Drohpotential.“

Walter Hölzel bezeichnete das Maßnahmeprogramm des Kali-Konzerns als völlig ungeeignet, damit sei „das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie unerreichbar weit entfernt“. Bei Niedrigwasser würden schon jetzt die Grenzwerte in der Werra überschritten. Hölzel betonte: „Man muss mit Erstaunen feststellen, K+S setzt nach wie vor auf Konfrontation und das Regierungspräsidium Kassel ist dem gefolgt.“

Vertragsverletzungsverfahren: Es drohen hohe Strafzahlungen

Die Europäische Kommission kritisiert die bisherige Genehmigungspraxis seit langem und leitete deshalb bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein. Sollte in dessen Rahmen gegen die Bundesrepublik entschieden werden, könnte letztlich die Kali-Produktion des Konzern gestoppt werden. Außerdem drohen

Strafzahlungen von bis zu 900.000 Euro pro Tag, gab Walter Hölzel auf Nachfrage der Journalisten Auskunft. Es müsse zudem geprüft werden, ob die Einleit-Genehmigung nicht auch eine verdeckte Industrieförderung darstelle und damit den Wettbewerb verzerrte.

Mit dem Erteilen einer neuen Einleit-erlaubnis für Kaliabwässer durch das Regierungspräsidium in Kassel wird nach Überzeugung von Tilo Kummer,

„Schuld an der schwierigen Situation sind nicht die berechtigten Anforderungen zum Schutz der Umwelt, sondern die Ignoranz der Geschäftsführung von K+S! Anträge und Unterlagen wurden zu spät abgegeben, Vorschläge zur Abwasser- und Abfallreduzierung immer wieder abgelehnt!“, so Tilo Kummer.

Keine Vorschläge für umweltverträglichere Grenzwerte



Aus Gründen der Gewinnmaximierung würden mit großer Selbstsicherheit immer wieder Entscheidungen zur billigsten Entsorgungslösung getroffen. Der Abgeordnete hofft, dass das EU-Vertragsverletzungsverfahren bald andere Entscheidungen zu

„eine Chance vertan, Grenzwerte zur Gewässerverbesserung einzuführen. Die neuen Grenzwerte am Pegel Gerstungen orientieren sich vor allem an den Bedürfnissen von K+S! Der Kaliumgrenzwert und das Magnesium-Calcium-Verhältnis sind auf Dauer für die meisten Süßwasser-Tiere tödlich.“

Die Vorgaben des Thüringer und des Hessischen Landtags, die zu hohen Grenzwerte nicht zu verlängern, seien ignoriert worden. Auch das 2009 nach Verlängerung des Härtegrenzwertes gegebene Versprechen, 2012 ein an den ökologischen Kriterien ausgerichtetes Gesamtpaket an Grenzwerten einzuführen, werde gebrochen. Aus Sicht des Abgeordneten knickt die Genehmigungsbehörde damit zum wiederholten Mal vor den Arbeitsplatzabbau-Drohungen des Konzerns ein.

Gunsten der Werra erzwingt. „Die Antwort Deutschlands an Brüssel war eine plumpe Lüge, das wird sich die Kommission nicht bieten lassen.“ Der Abgeordnete wies auch auf die vollkommen unverständliche Tatsache hin, dass K+S für diese Art der Abwasserentsorgung weniger bezahlen muss „als der normale Bürger“.

Zudem zeigte er sich enttäuscht, dass das Thüringer Landesverwaltungsamt in seiner Stellungnahme keine Vorschläge für umweltverträglichere Grenzwerte abgab. Positiv sei aber die klare Forderung nach einer zeitlichen Befristung der Genehmigung bis 2015, die mit der Forderung nach einem klaren Zeitplan zur Umsetzung der standortfernen Entsorgung der Abwässer in die Nordsee oder die Oberweser verbunden wurde. ■

VON A BIS Z:

Freie Samstage

Nachdem in der Sitzung des Sozialausschusses am 6. Dezember Ministerin Heike Taubert (SPD) die Verordnung zur Einschränkung der freien Samstage für Verkäufer ersatzlos zurückgezogen hat, erklärte MdL Karola Stange: „Wieder einmal zeigt sich: Links wirkt – auch aus der Opposition. Zusammen mit Beschäftigten und Gewerkschaften haben wir gegen das Aufweichen der Samstagsregelung gekämpft. Es war vor allem der fortwährende Protest der Betroffenen vor dem Landtag, der eine Einigung in der Regierungskoalition unmöglich machte, so dass nun die bisherige Regelung in Kraft bleibt. Heute ist ein guter Tag für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen.“

Gleichzeitig mahnte die Abgeordnete, über den Erhalt der zwei freien Samstage nicht die anderen Pferdefüße des gültigen Gesetzes zu vergessen. „Es bleiben die völlig unsinnigen Ladenöffnungszeiten, die ein Öffnen aller Geschäfte fast rund um die Uhr ermöglichen.“ Die LINKE will einen Ladenschluss um 20 Uhr. Es bleibe nur zu hoffen, dass nach der nächsten Landtagswahl „eine sozialere Koalition diese Baustelle noch einmal angehen kann“. Karola Stange verwies zudem mit Kopfschütteln auf einen zur Beratung im Landtag anstehenden Gesetzentwurf der FDP-Fraktion, der die zwei freien Samstage komplett beerdigen will: „Die FDP und ihre Klientelpolitik sprechen dem sozialstaatlichen Gedanken von Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten im Einzelhandel Hohn.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt in der Zeit vom 12. bis 14. Dezember die letzten Landtagssitzungen in diesem Jahr stattfanden, sind die ersten Plenarsitzungen für 2013 in der Zeit vom 23. bis 25. Januar anberaumt.

Ausstellungen:

Während die LINKE im Fraktionsgebäude die Ausstellung „Suche nach Wegen“ des kubanischen Künstlers Fernândes Arce zeigt, präsentiert der Landtag im Hochhaus-Foyer mit „Bandbreite“ eine Ausstellung von Arbeiten aus dem Bereich der kulturellen Bildung an Thüringer Volkshochschulen (bis 18. Januar)

Weitere tagesaktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de.

Offshore-Umlage

„Der Beschluss der Bundesregierung, eine Offshore-Umlage zu erheben, ist unsocial und technisch nicht notwendig“, sagte Manfred Hellmann, Sprecher für Energiepolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Ohne eine schlüssige Planung für die gesamte Bundesrepublik zu haben, verkündet Wirtschaftsminister Rösler, dass 2050 ein Drittel des Energiebedarfs von den Windgeneratoren in Nord- und Ostsee kommen soll. „Aber wenn erneuerbare Energien dort erzeugt werden müssten, wo sie verbraucht werden, ist das eine verhängnisvolle Entscheidung, die lediglich dazu dient, das zentrale Energiesystem der Energiekonzerne aufrecht zu erhalten“, konstatierte der Abgeordnete. ■

Konfliktberatung

Während die Schwangerschaftsberatungsstellen in Eisenach und Sonneberg offensichtlich gesichert sind, gibt es in Bad Salzungen und Schmalkalden noch keine Entscheidung, kritisiert MdL Karola Stange. „Wie aber sollen die Träger die Arbeit ab dem 1. Januar planen, wenn es einen Monat zuvor noch keine Rechtssicherheit gibt. Schwangere Frauen, die Beratungsbedarf haben, wissen nicht, ob sie im Januar in Bad Salzungen oder Schmalkalden noch Ansprechpartnerinnen vorfinden. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich fordere deshalb die Landesregierung auf, die Richtlinie im nächsten Staatsanzeiger zu veröffentlichen und damit Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen“, so die LINKE Abgeordnete. ■

Jugendsender

Dass die Thüringer Medienministerin Marion Walsmann (CDU) die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Jugendsenders nun auch unterstützt, wird von der LINKEN begrüßt. „Es wurde Zeit, dass endlich Bewegung in die Sache kommt“, so MdL André Blechschmidt. Unzureichend seien dagegen ihre Bemühungen, den Jugendkanal nach Erfurt zu holen, obgleich es hier beste Standortbedingungen gibt, wofür jahrelang – auch mit Thüringer Steuergeldern – investiert wurde. Nötig seien jetzt dringend Gespräche mit den Verantwortlichen von ARD und ZDF. Zudem müssten die Medienangebote aus Thüringen erhöht werden, „weil dies sicherlich mit Grundlage einer positiven Entscheidung sein dürfte“. ■